

Informationen zur Datenschutz- verarbeitung im Rechtsschutz

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

zur Ihrer Beratung sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen eines Rechtsschutzauftrags ist es erforderlich, dass wir eine Vielzahl von Informationen von Ihnen erhalten und verarbeiten. Neben allgemeinen Angaben zu Ihrer Person sind weitere Informationen erforderlich, die sich nach dem Gegenstand der Rechtsschutzangelegenheit richten. Es können bspw. Angaben zur Art, Dauer und Umfang Ihrer Beschäftigung bei Ihrem Arbeitgeber bzw. Dienstherrn, zur Höhe Ihres Entgelts, zu Ihren Unterhaltsverpflichtungen, zu konkreten Ereignissen am Arbeitsplatz oder auch zu Ihrem Gesundheitszustand erforderlich sein. Insbesondere in sozialrechtlichen Streitigkeiten können auch Angaben zu Ihren Vermögensverhältnissen relevant sein.

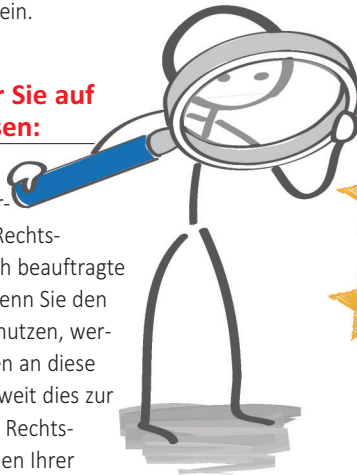
Dazu möchten wir Sie auf folgendes hinweisen:

Der Rechtsschutz wird durch die GEW selbst erbracht, durch die DGB-Rechtsschutz GmbH oder durch beauftragte Rechtsanwält_innen. Wenn Sie den Rechtsschutz der GEW nutzen, werden wir daher Ihre Daten an diese Partner übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der konkreten Rechtsschutzaufgabe im Rahmen Ihrer auftragsbezogenen Weisungen erforderlich ist.

In den Fällen der Rechtsvertretung werden wir hierzu eine separate Einwilligungserklärung von Ihnen einholen. Dies erfolgt auch, wenn eine Rechtsberatung nicht seitens eines GEW-Verantwortlichen erfolgt.

Soweit dies zur Erfüllung Ihres Rechtsschutzauftrags erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten durch die GEW, die DGB-Rechtsschutz GmbH oder von uns beauftragte Rechtsanwält_innen auch an Dritte weitergegeben.

Soweit die Kenntnis personenbezogener Daten zu Ihnen erforderlich ist, um Ihre Rechte im Rahmen Ihrer Weisungen geltend zu machen oder zu verteidigen, werden diese personenbezogene Daten insbesondere dem Verfahrensgegner und seinen Vertretern, Gerichten oder Behörden übermittelt.



Dazu kann insbesondere auch die Tatsache Ihrer Mitgliedschaft in der GEW gehören. Im Kontakt mit Dritten wird die Tatsache der Gewerkschaftsmitgliedschaft für diese Dritten regelmäßig auch dadurch erkennbar werden, dass Sie durch den gewerkschaftlichen Rechtsschutz vertreten werden. Auch andere sensible Daten werden gegebenenfalls an Dritte übermittelt. Die Geltendmachung und Verteidigung bestimmter Rechte kann es beispielsweise erforderlich machen, Angaben zu Ihrem Gesundheitszustand oder Ihrer Herkunft zu machen.

Wir weisen zudem darauf hin, dass die GEW bei Inanspruchnahme der Leistungen „Rechtsschutz“ personenbezogene Daten von Ihnen auch zu verbandsinternen Verwaltungszwecken verarbeiten wird. Bspw. ist es erforderlich, dass wir Art und Umfang der Rechtsschutzgewährung speichern, um überprüfen zu können, ob Kosten von der GEW als Teil der Leistung „Rechtsschutz“ zu übernehmen sind.

Auch die Abwicklung eventuell vorliegender Haftungsansprüche sowie die Ausübung oder Geltendmachung etwaiger Ansprüche im Verhältnis zwischen Ihnen und der GEW kann es mit sich bringen, dass wir diese Daten verarbeiten.

Im Folgenden möchten wir Ihnen daher noch folgende Angaben zur Verarbeitung Ihrer Daten machen:

Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen sowie seines Vertreters:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Saarland
Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
vertreten durch die Vorsitzende Birgit Jenni, diese vertreten durch die stellvertretenden Vorsitzenden Anna Haßdenteufel und Max Hewer; E-Mail: info@gew-saarland.de.

Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Patrik Zeimetz,
E-Mail: p.zeimetz@gew-saarland.de.

Wir stützen die Datenverarbeitung auf die folgenden Rechtsgrundlagen:

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die sich auf die Beratung, Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen der Nutzung der Satzungsleistung „Rechtsschutz“ beziehen, ist Artikel 6 Abs.1 UAbs.1 lit.b Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), der eine Verarbeitung zur Erfüllung eines Vertrages gestattet. Die vertraglichen Verpflichtungen werden wesentlich durch die Satzung der GEW in der

jeweils geltenden Fassung konkretisiert. Sofern wir eine separate Einwilligungserklärung von Ihnen eingeholt haben, ist zudem Artikel 6 Abs.1 UAbs.1 lit.a DSGVO Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung sind darüberhinaus Artikel 6 Abs.1 UAbs.1 lit.f DSGVO, der eine Verarbeitung zur Wahrung unserer berechtigten Interessen zulässt, sofern dies erforderlich ist und Ihre Interessen oder Grundrechte nicht überwiegen. Ferner sind die Artikel 9 Abs.2 lit.d 3/3 und f DSGVO Rechtsgrundlage, die die Verarbeitung von besonderen Kategorien von Daten zulassen, wenn dies im Rahmen unserer rechtmäßigen Tätigkeiten erfolgt bzw. zur Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Dauer der Speicherung/Kriterien für die Festlegung der Dauer:

Wir richten uns nach den für Rechtsanwälte geltenden Aufbewahrungspflichten. Daher werden die für die Abwicklung der Rechtsschutzangelegenheit erhobenen personenbezogenen Daten für die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde, gespeichert. Danach werden Ihre Daten gelöscht, es sei denn, dass wir ein berechtigtes Interesse an der weiteren Speicherung haben, wir die Daten zur Ausübung oder Verteidigung eigener Rechte benötigen oder Sie darin eingewilligt haben.

Rechte der betroffenen Person:

Wenn Sie im Zusammenhang mit Ihren Rechten Fragen haben, können Sie uns gerne kontaktieren. Ihnen stehen beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte nach Art.15 bis 22 DSGVO zu:

- **Recht auf Auskunft**, d.h. das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu erhalten, ob personenbezogene Daten über Sie verarbeitet werden, und Auskunft über diese Daten und weitere Informationen zu erhalten
- **Recht auf Berichtigung** von Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die unrichtig sind



DATENSCHUTZVERARBEITUNG IM RECHTSSCHUTZ

- Recht auf Löschung, etwa wenn die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung
- Recht auf Datenübertragbarkeit, d.h. das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem bestimmten Format zu erhalten
- Recht, in bestimmten Fällen aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Datenverarbeitung Widerspruch einzulegen.

Die Inanspruchnahme des Rechtsschutzes erfordert, dass das Mitglied gegenüber der GEW die maßgeblichen Tatsachen wahrheitsgemäß und vollständig mitteilt. Nur so können die Erfolgsaussichten eines Verfahrens, die ein wesentliches Kriterium für die Entscheidung der GEW über die Rechtsschutzgewährung sind, eingeschätzt werden.

Wollen Sie dem nicht nachkommen oder machen Sie später Lösungsrechte geltend oder schränken Sie die Verarbeitung Ihrer Daten später ein, kann dies die Nichtgewährung von Rechtsschutz oder den nachträglichen Entzug der Rechtsschutzleistung zur Folge haben. Im Fall der Fortführung des Rechtsschutzes kann es zur Folge haben, dass Ihre Interessen nicht bestmöglich vertreten werden können.



Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt, haben Sie gemäß Art.77 DSGVO das Recht, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren. Die Anschrift der für die GEW-LV Saarland zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Fritz-Dobisch-Str.12
66111 Saarbrücken